

# der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 08 / 2014

www.spd-nuernberg.de

Nürnberg

## Mietenspiegel erschienen

Der Mietenspiegel für Nürnberg wurde neu erstellt

Seite 3

Interview

## Naturschutz geht alle an.

Steve Döschner, Vorsitzender der Kreisgruppe Nürnberg des LBV, im dsp-Gespräch

Seiten 4 bis 5

## Vorwort



Liebe Leserinnen  
und Leser,

die Affäre um die Spionage-Aktivitäten der USA in Deutschland nimmt ein immer größeres Ausmaß an. Es kommen ständig neue Verdachtsmomente ans Tageslicht. Keine Frage, die USA sind wichtige Partner und Verbündete von uns, aber gerade deshalb dürfen wir das nicht auf die leichte Schulter nehmen und so tun als wäre das eine Banalität.

Mit der Enttarnung und Festnahme eines Mitarbeiters des Bundesnachrichtendienstes, von dem die Amerikaner geheime Dokumente gekauft haben sollen, fing die jüngste Spionage-Affäre an. Zwischenzeitlich ermittelt die Bundesanwaltschaft auch gegen einen mutmaßlichen Spitzel im Verteidigungsministerium. Auch das Handy der Kanzlerin wurde überwacht.

Die Amerikaner glauben sie haben Narrenfreiheit. Dass dem nicht so ist, muss die Bundesregierung ohne Wenn und Aber zum Ausdruck bringen. Die transatlantische Partnerschaft ist sonst bedroht. Den Worten von Frank-Walter Steinmeier ist nichts hinzuzufügen: „Vertrauen ist eine Säule der Freundschaft. Die USA sollten Acht geben, dass sie nicht komplett einstürzt“.

Freundschaften gehen schneller kaputt, als man sich das vorstellen mag. Opfer sind dabei bekanntlich stets beide Seiten.

Herzliche Grüße und eine schöne Sommerzeit  
Euer

Christian Vogel

## Helferfest 2014 der SPD Nürnberg

Gewinnen kann man nur im Team



■ Es ist wie bei der WM. Gewinnen kann man nicht als Einzelkämpfer. Das gilt für Fußballstars, als auch für wahlkämpfende Politiker. Das Team zählt und der Mannschaftsgeist. Diesen haben nicht nur unsere Nationalmannschaft, sondern auch unsere ehrenamtlich Aktiven in den vergan-

genen Wahlkampfzeiten bewiesen. Auch wenn wir nicht jedes „Spiel“ gewinnen konnten: Wir waren fair und ein geschlossenes Team. Das wurde im Juli ausgiebig gefeiert und Christian Vogel sowie Dr. Uli Maly dankten den Anwesenden für ihren großartigen Einsatz. ■

# Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen

## Soziale Wohnraumförderung im Fokus

■ Bundesbauministerin Barbara Hendricks startet angesichts steigender Mieten in Deutschland eine Wohnungsbau-Offensive. „Wir brauchen mehr Wohnraum, der bezahlbar ist und sozialen, demografischen und energetischen Anforderungen ent-

lichen Zusammenhalt. Aktuelle Zahlen belegen, dass deutschlandweit ein erheblicher Mangel an generationengerechten Wohnungen bestehe. Dort, wo viele Menschen Schwierigkeiten haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden, muss es neuen zusätzlichen Wohnraum

### Im Fokus: soziale Wohnraumförderung

Der Bund unterstützt Maßnahmen zum sozialen Wohnungsbau mit derzeit 518,2 Millionen Euro im Jahr. In den letzten Jahren gab es nach Angaben des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung eine deutliche Verringerung der Sozialwohnungen.

Zwischen 2002 und 2012 sank die Zahl um 40 Prozent von 2,6 auf 1,5 Millionen. Zugleich stiegen der Behörde zufolge die Angebotsmieten bei Neu- und Wiedervermietung 2013 bundesweit um 3,5 Prozent auf gut 6,80 Euro je Quadratmeter, in Städten wie Hamburg, München und Berlin kletterten die Mieten weitaus stärker.

Gemeinsam will das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen die Voraussetzungen für den Bau und die Modernisierung von Wohnraum in guter Qualität - vorzugsweise im bezahlbaren Marktsegment - verbessern. Damit soll das Angebot in den Ballungsgebieten wirkungsvoll gesteigert werden. Die Bündnispartner streben gemeinsam die Deckung des Wohnungsbedarfs durch Neubau sowie Aus-, Umbau oder Modernisierung bestehender Gebäude an.

### Ergebnisse noch in dieser Legislaturperiode

Die Bündnispartner streben eine intensive Zusammenarbeit an, damit die vielen Ziele erreicht und die notwendigen Maßnahmen auch noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden können. Hendricks ergänzte dazu: „Bauen können wir selber nicht, sondern wir können nur die Voraussetzungen dafür schaffen. Aber wir sind sicher, dass wir mit all denjenigen, die sich heute hier selbst auch ein Stück weit verpflichtet haben, der Problemlösung einen großen Schritt näher kommen.“

Im Herbst 2015 wird es einen Zwischenbericht geben – Grundlage für die dann notwendigen Gesetzesänderungen ■



Bildquelle: Kurt Michel / pixelio.de

spricht“, sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag.

Am großen Tisch von Bundesbauministerin Barbara Hendricks nahmen am Donnerstag Vertreter der Wohnungs-, Bau- und Immobilienwirtschaft wie auch Experten von Mieterbund, Länder und Kommunen Platz. Sie stellten ein gemeinsames Bündnis für bezahlbares Wohnen vor. Damit ist der Startschuss für die inhaltliche Arbeit gefallen. „Natürlich gibt es unterschiedliche Interessen zum Beispiel zwischen Mietern und Vermietern, doch wir sind uns einig darin, dass die Baufähigkeit insbesondere in den Ballungsgebieten gestärkt werden muss.“, so das erste Fazit der Ministerin.

### Echter Fortschritt für alle

Gute Wohnverhältnisse und bezahlbare Mieten sind wesentliche Voraussetzungen für sozialen Frieden und gesellschaft-

geben, so der Konsens des Bündnisses. Auch die Intensivierung der sozialen Wohnraumförderung war am Donnerstag Thema und nicht zuletzt eine bessere Unterstützung einkommensschwächerer Haushalte bei den Wohnkosten.

### Mietpreisbremse als weiterer Baustein

Die SPD hat im Koalitionsvertrag auch eine Mietpreisbremse durchsetzen können – Hoffnung für viele Mieter besonders in Ballungsräumen. Eine solche Deckelung von Mieten trage vielleicht nicht in erster Linie zum Bau von Wohnungen bei, räumte Hendricks ein, aber sie werde auch nicht den Neubau von Wohnungen verhindern, „weil die Mietpreisbremse, so wie wir sie vorsehen, eben nicht auf Neubauten angewendet wird.“ Die Mietpreisbremse sei eine flankierende Maßnahme, betonte die SPD-Ministerin, „um extrem steigende Mieten im Bestand bei Wiedervermietung zu begrenzen.“

## Neuer Mietenspiegel für Nürnberg erschienen

Der Mietenspiegel, der im Turnus von zwei Jahren das aktuelle Niveau der Wohnungsmieten in Nürnberg wiedergibt, wurde neu erstellt.

VON CHRISTIAN VOGEL

■ Eines vorneweg: der Mietenspiegel setzt keine Mietpreise fest. Er sorgt vielmehr auf der Basis einer repräsentativen Erhebung der tatsächlich gezahlten Mieten für die erforderliche

ein Anstieg, der angesichts der zahlreichen Berichte über Mietpreissteigerungen in den vergangenen Monaten leider zu erwarten war.

Der Anstieg ist im längerfristigen Vergleich der Mietenentwicklung nicht

in allen Wohnungsgrößen- und Baualtersklassen festzustellen.

Die höchsten Mietsteigerungen (circa zehn Prozent) sind bei großen Wohnungen ab 80 Quadratmetern in allen Baualtersklassen festzustellen und auch die Mieten kleiner Wohnungen bis 30 Quadratmeter sind mit über acht Prozent stärker als der Durchschnitt gestiegen.

Die Quadratmetermiete weist eine Spannweite von 4,50 Euro bis 14,60 Euro pro Quadratmeter auf. Der untere Wert der Preisspanne von 4,50 Euro wird in Nürnberg für eine 60 bis 80 Quadratmeter große, zwischen 1919 und 1948 erbaute Wohnung bezahlt. Die relativ höchsten Mieten sind wieder bei sehr kleinen Neubauwohnungen zu verzeichnen. Bei Neubauwohnungen mit einer Wohnungsgröße unter 30 Quadratmeter liegt die Miete am oberen Wert der Spanne mit 14,60 Euro pro Quadratmeter.



Transparenz auf dem Wohnungsmarkt. Damit bietet er sowohl Mieterinnen und Mietern als auch Vermieterinnen und Vermietern eine notwendige und wichtige Orientierungshilfe. Als qualifizierter Mietenspiegel wird er als Entscheidungshilfe bei mietrechtlichen Auseinandersetzungen herangezogen.

Im Zeitraum von zwei Jahren sind in Nürnberg neu vereinbarte Wohnungsmieten um durchschnittlich 6,9 Prozent gestiegen. Im letzten Mietenspiegel von 2012 betrug der Anstieg 4,1 Prozent. Natürlich ist eine Mieterhöhung keine Nachricht, über die man sich besonders freut, aber sie ist leider nicht zu umgehen. Insgesamt gesehen ist die aktuell ausgewiesene Erhöhung

außergewöhnlich hoch, hat sich aber beschleunigt und liegt, wie schon seit vielen Jahren, deutlich über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten und der allgemeinen Einkommensentwicklung. Das heißt, für viele Menschen nimmt der Anteil, den sie aus ihrem Einkommen für Wohnen aufbringen müssen, zu.

Im Einzelnen zeigt sich im aktuellen Mietenspiegel folgende Entwicklung:

Die Durchschnittsmiete bei Neuvermietungen liegt bei 6,86 Euro pro Quadratmeter, nachdem sie zwei Jahre zuvor noch bei 6,42 Euro pro Quadratmeter lag. Im Zeitraum von 2012 bis 2014 sind Mietpreissteigerungen

Die Entwicklung der Mietpreise zeigt sehr deutlich, wie wichtig weitere Anstrengungen für mehr Wohnraum in der Stadt sind. Dieser Herausforderung müssen und werden wir uns stellen. ■

### Hinweis

Der Mietenspiegel ist ab 1. August 2014 beim Stab Wohnen, Marienstraße 6, 3. Obergeschoss, Zimmer 310, im BürgerInformations-Zentrum, Hauptmarkt 18, bei den Bürgerämtern und bei den mitwirkenden Verbänden zu einem Preis von 2,50 Euro erhältlich.

## Naturschutz geht alle an

Steve Döschner, Vorsitzender der Kreisgruppe Nürnberg des LBV, im dsp-Gespräch

■ Wir lieben die Natur. Alle wollen und brauchen eine intakte Natur. Neben dem Bund Naturschutz und den Naturfreunden gibt es eine weitere wichtige Organisation in der Stadt, die sich für die Belange der Natur stark machen. Den Landesbund für Vogelschutz. Der LBV setzt sich ein für eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten. Sie kämpfen für gute Luft, sauberes Wasser und gesunde Böden. Der LBV hat sich zur Aufgabe gemacht unsere Gesellschaft zu sensibilisieren, hin zu mehr Nachhaltigkeit, zu mehr Zukunftsfähigkeit und zu einem aufmerksameren Umgang mit der Natur. Wir wollen mit dem Vorsitzenden der Kreisgruppe Nürnberg, Steve Döschner, über seine Ziele und Herausforderungen sprechen.

*dsp: Herr Döschner, wir haben in unserer Einführung schon kurz beschrieben, welche Ziele der LBV hat. Können Sie das etwas konkretisieren.*

**Steve Döschner:** Sie haben das gut auf den Punkt gebracht. Für Nürnberg heißt das konkret: Wir wollen Menschen nicht nur sensibilisieren, sondern im besten Fall für die Natur begeistern. Durch Begeisterung kommt Verständnis und durch Verständnis für die Sache kann sich ein Wandel zu mehr Stadtnatur einstellen. Ein großes Anliegen ist es, die nachkommende Generation für die Natur zu gewinnen. Deswegen möchten wir gemeinsam mit allen Verantwortlichen im Bereich Bildung junge Menschen an Natur in der Stadt heranführen. Denn nur was man schätzt, kann man schützen. Stadtnatur kann nur gemeinsam mit Politik, Stadtentwicklung und allen Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt genügend Raum bekommen. Dieser Raum muss berücksichtigt und von Jeder und Jedem eingefordert werden! Stadtnatur bietet Erholung und eine Aufladestation für die Sinne. Sie glättet die Wogen bei Stresssituationen wie Hitze, Lärm- und Luftbelastungen. Ökologische Parkanlagen mit altem und jungem

Baumbestand, extensives Straßenbegleitgrün, Wasserflächen – all diese Flächen bieten Ökosystemleistungen. Für ihren Schutz, deren Verbesserung und deren Neubegründung setzen wir uns konkret in Nürnberg ein.

*dsp: Welche aktuellen Projekte verfolgen Sie zurzeit in Nürnberg?*

**Steve Döschner:** Der LBV ist immer wieder gefragt und bezieht Stellung zu Bauvorhaben und von Menschen gemachten Veränderungen in der Fläche. Letztlich gibt es eine Vision für mehr Stadtnatur. Zu den Visionen gehören auch der Rückbau von Straßen und die Entsiegelung von versiegelten Flächen. Wir möchten mehr Gewicht der Stadtnatur in der Bauleitplanung. Die Forderungen zu mehr Stadtnatur gegenüber Investoren und Bauvorhaben - ob gewerblich oder im Wohnungsbau – dürfen, ja müssen höher sein. Dazu gehören Festsetzungen in den Bauleitplänen für extensive Dachbegrünungen, hochwertige Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern. Vor allem Vielfalt, kein Einheitsgrün. Ganz konkrete Artenschutzprojekte für die Kreuzotter und Gebäudebrüter wie Mauersegler und Wanderfalke, aber auch der Kiebitz sind in diesem Jahr auf unserer Agenda. In diesem Monat sind wir wieder für Fledermäuse im Einsatz.

*dsp: Wie müssen wir uns Ihre konkrete Projektarbeit vorstellen?*

**Steve Döschner:** Wir leben von dem Einsatz ehrenamtlicher Mitstreiterinnen und

Mitstreiter. Die aktiven Mitglieder bieten Führungen und Vorträge für Interessierte zu verschiedensten ökologischen Themen an. Wir führen Gespräche mit Interessenvertreterinnen verschiedener Organisationen. Damit sind wir ein wichtiges Bindeglied durch Dialog zwischen manchmal gegensätzlichen Positionen der vertretenden Parteien. Ganz aktuell sind wir für Nürnbergs Bürgerinnen und Bürger da, die Einflüge von jungen Zwergfledermäusen in ihren Wohnungen haben. Dies kommt im August sehr oft vor. Die jungen Fledermäuse suchen



neue Quartiere und verirren sich in Wohnungen mit geöffneten Fenstern. Wir sind telefonisch erreichbar und machen auch Ortsbesuche, um Fledermäuse in Wohnungen einzusammeln und diese dann zu versorgen und wieder frei zu lassen.

*dsp: Wo sehen Sie als Vertreter des Landesbunds für Vogelschutz in der Zukunft die größten Herausforderungen und Projekte in Nürnberg?*

**Steve Döschner:** Der Druck auf die wenigen unbebauten Flächen, die Stadtnatur einen Raum geben, steigt zunehmend. Die Interessenkonflikte und Reibungen

sind längst da. Hier gilt es, eine gute Balance zu bekommen, so dass alle Interessen berücksichtigt werden. Der Dialog miteinander, Offenheit gegenüber und Verständnis für die Interessen aller führen zu einer Koexistenz und zu einem qualitativ hochwertigen Ergebnis für alle Bewohner(innen).

*dsp: Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit mit den anderen Umweltorganisationen in der Stadt?*

**Steve Döschner:** Wir ergänzen uns. In Nürnberg gibt es viel zu tun. Da ist genug Naturschutzarbeit für alle Verbände da. Und wir arbeiten leider an der Kapazitätsgrenze. Da darf es gerne vernünftige Kooperationen in verschiedenen Bereichen geben.

angebracht werden. Wir bieten im kleineren Umfang auch Beratung für interessierte Bürgerinnen und Bürger. Wer Fragen hat, kann uns jederzeit gerne kontaktieren.

*dsp: Ohne engagierte Mitglieder können sicherlich auch Sie, als LBV nicht erfolgreich wirken. Wie sieht es bei Ihnen mit der Mitgliederentwicklung aus? Haben Sie Nachwuchsprobleme und wenn ja, was unternehmen Sie dagegen?*

**Steve Döschner:** Das ist richtig. Ohne Mitglieder und vor allem ohne aktive Mitglieder würde die Arbeit des LBV stark leiden. Auch vor uns macht der demographischen Wandel keinen Halt.

unsere Versammlung im südpunkt. Ab 19:30 Uhr erfährt man hier vieles über unsere Arbeit und aktuelle Entwicklung zur Stadtnatur Nürnberg. Ein Besuch lohnt sich. Unseren anwesenden Experten kann man auch Fragen stellen, die einen bewegen.

*dsp: Gibt es einen Wunsch an die Politik, aber auch an die Gesellschaft, den Sie schon lange loswerden wollten?*

**Steve Döschner:** Nehmt Rücksicht. Hört einander zu. Seid offen. Gut, das waren jetzt drei Wünsche. Aber ich denke, das geht in Ordnung. Konkret wünsche ich mir Umsetzungen, bei dem die sogenannten weichen Standortfaktoren wie Ökologie mehr Berücksichtigung finden. Denn ausreichend vielfältiges Grün dient uns allen. Die sogenannte Ökosystemleistungen, wie Klimaregulierung, Erholung oder ästhetisches Vergnügen sind dann gratis. Davor bedarf es oft politischen Mut zu visionär scheinenden Projekten, wie die Ausweisung neuer Gewerbeflächen mit hohen ökologischen Auflagen. Und manchmal genügt es auch, den Mut zum Nichtstun zu haben. Letzteres gilt für Flächen, die man aus der Nutzung nimmt und sich selbst überlässt. Die Natur kann alles besser als wir!

*dsp: Zum Schluss noch eine Frage, die wir allen unseren Gesprächspartner/innen stellen: Haben Sie in der Stadt einen Lieblingsplatz wo Sie sich besonders gerne aufhalten und ggf. entspannen können?*

**Steve Döschner:** Ja, da gibt es einige im Stadtgebiet. Im Pegnitztal West wurde nach den Renaturierungsmaßnahmen ein wertvoller Platz für viele Bürgerinnen und Bürger zur Naherholung geschaffen. Im Südosten der Volkspark Dutzendteich. Insbesondere die Nummerweiher, der Flachweiher und der Silbersee. Das Knoblauchsland im Norden und die Wälder um den Tiergarten. Nürnberg haben viel zu bieten. Gemeinsam können wir noch besser werden und bisher vernachlässigte Plätze ökologisch aufwerten. Nürnberg hat großes Potential!

*dsp: Vielen Dank für das Gespräch!*

# MITVÖGELN

## WIRD NÜRNBERG LEBENDIGER

# WIR BRAUCHEN DICH!

## KOMM VORBEI. ENTSCHEIDE MIT. WERDE MITGLIED.

Komm vorbei:  
Jeden 1. Dienstag im  
Monat Versammlung  
im südpunkt.

Landesbund für Vogelschutz e.V.  
Kreisgruppe Nürnberg  
Humboldtstr. 98, 90459 Nürnberg  
nuernberg.lbv.de/mitvoegel



LBV  
Landesbund  
für Vogelschutz  
in Bayern e.V.

*dsp: Welchen Rat würden Sie unseren Leserinnen und Lesern für einen nachhaltigen Umweltschutz/Artenschutz gerne mit auf den Weg geben?*

**Steve Döschner:** Wer einen Garten hat, der kann viel für die Stadtnatur tun. Hier kann man heimische Gehölze pflanzen, die blühen und Früchte tragen. Wer Pflanzen kauft, bekommt im Fachhandel – jenseits der konventionellen Baumarktware – in einem Gartenbaubetrieb gute Pflanzen aus der Region. Hausbesitzer können mit extensiver Dachbegrünung arbeiten. Oder etwas für sogenannte Gebäudebrüter wie Mauersegler tun, hier können Nistkästen im Traufbereich

Tatsächlich ist es so, dass wir intensiv daran arbeiten müssen, dass wir genügend Nachwuchs in unseren Reihen bekommen. Da haben wir es sicherlich nicht so leicht wie viele Fußballvereine nach einer erfolgreichen Fußball WM. Ganz aktuell versuchen wir, über eine Plakataktion auf uns aufmerksam zu machen. Das Neue daran: sie ist etwas auffälliger und keine klassische Werbung, wie man sie von einem Naturschutzverband erwarten würde. Generell gilt: Unsere Türen stehen Jeder und Jedem offen. Und ich sage immer: Kommen Sie vorbei, lernen Sie uns kennen und machen Sie mit. Werden Sie aktiv für die Natur. Ab September haben wir wieder jeden 1. Dienstag im Monat

## Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu erlangen, wird am Ende beides verlieren!

VON KATHARINA WAGNER

■ Weise Worte von Benjamin Franklin, ehemaliger Präsident von Philadelphia. Das ausgerechnet in seinem Land die



Datenspionage ihren Hauptsitz hat, ist nun wohl reine Ironie. Doch ist unsere Freiheit durch die internationale Datenspionage, hauptsächlich seitens des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes NSA (National Security Agency), bedroht? Darüber referierte am vergangenen Parteiausschuss am 15. Juli 2014 Christian Flisek (Bundesabgeordneter der SPD und Obmann im Untersuchungsausschuss zur Aufdeckung der NSA Aktivitäten).

Angefangen hat es mit der Bekanntmachung, dass das Handy der Kanzlerin abgehört worden ist. Doch es musste jedem schon länger bewusst gewesen sein, dass alles und jeder in Deutschland abgehört und ausgespäht wird. Doch ist das die Zukunft in der wir in unserer digitalen Welt leben wollen? Eher nicht.

Der Anschlag auf die Twin-Towers in New York hat Amerika in große Angst versetzt. Wenn es möglich ist, ein Flugzeug zu entführen und zwei der größten Gebäude Amerikas sowie das Pentagon zu zerstören oder zu beschädigen, zu was sind dann Terroristen noch in der Lage? Verbunden mit der besseren Speicher- und Auswertungstechnik ist es somit ein Leichtes, Daten über einzelne Menschen zu sammeln, speichern und auszuwerten.

Unsere Geheimdienste sind dabei auch nicht ganz unschuldig. Es wurden Daten gesammelt und mit anderen Geheimdiensten getauscht. Vor allem das Ausmaß der Wirtschaftsspionage ist dabei enorm groß.

Es reicht daher nicht mehr, die eigenen Emails zu verschlüsseln oder ein internes Netzwerk aufzubauen. Es ist an der Zeit, den Druck auf die NSA zu erhöhen. Das Ausweisen des US-amerikanischen Botschafters aus Deutschland war dabei nur der erste Schritt.

Doch der wohl wirksamste Schritt liegt in der amerikanischen Wirtschaft. Dazu wurden vom NSA-Untersuchungsausschuss sämtliche Vorsitzende der IT-Konzerne aus dem Silicon Valley eingeladen, um mit ihnen weitere Vorgehensweisen zu besprechen. Das Problem von Facebook und Co ist nämlich die Gebundenheit an das amerikanische Gesetz, was bedeutet, dass sie geforderte Daten über ihre Nutzer herausgeben müssen. Und genau dort muss angesetzt werden.

Jetzt ist die Zeit der Weichenstellung. Jetzt haben wir die Chance, unsere Zukunft noch selbst zu bestimmen, damit wir später nicht unsere Freiheit und unsere Sicherheit verlieren. ■

## Stabwechsel bei der Kinderkommission

Stadträtin Ilka Soldner führt die nächsten 6 Jahre die Nürnberger Kinder-Kommission an

■ Die Kinderkommission Nürnberg hat eine neue Leitung. Der Jugendhilfeaus-

Mitglieder benannt. Dabei wurde auch die Vorsitzende neu bestimmt. Nach drei Jahren Pause heißt die Vorsitzende nun wieder Ilka Soldner.

In ihrer langjährigen Tätigkeit für die Kinderkommission hat Ilka Soldner die Kinderversammlungen mit initiiert und war maßgeblich an der Entstehung und Umsetzung der Straße der Kinderrechte im Stadtpark beteiligt. Neben der Durchführung der Kinderversammlungen geht es um viele weitere Aufgaben für Kinder und Kinderrechte.



schuss des Stadtrats hatte nach der Kommunalwahl die Kinderkommission als Unterausschuss bestätigt und neue

Bereits zur ersten Sitzung der Kinderkommission im Jahr 1994 war Ilka Soldner für den Kreisjugendring Nürnberg-Stadt in die Kinderkommission berufen worden. Von 2004 bis Mitte 2012 führte sie als Vorsitzende das Gremium an.

Nähere Infos gibt es auch unter <http://www.jugendamt.nuernberg.de/kinder/kinderrechte.html> ■

## Facetten der solidarischen Stadtgesellschaft

Der aktuelle Jahresbericht des Referates für Jugend, Familie und Soziales dokumentiert die vielfältigen Aufgabenbereiche kommunaler Sozialpolitik

■ Kommunale Sozialpolitik befindet sich stetig im Umbruch. Der Sozialstaat entwickelt sich angesichts gesellschaftlicher und demografischer Herausforderungen, finanzieller Engpässe und fachlicher Anforderungen weiter – und auch die Stadt Nürnberg richtet sich entsprechend aus. Der aktuelle Jahresbericht des Referates für Jugend, Familie und Soziales dokumentiert eindrücklich die vielfältigen Aufgabenbereiche kommunaler Sozialpolitik von A wie Armutsbekämpfung bis Z wie Zuwanderung

Seit rund 10 Jahren bildet der Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg die strategische Leitlinie für die Strukturen und Organisationseinheiten im Geschäftsbereich Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg. Dabei ist es ein erklärtes Ziel, soziale Integration zu fördern, Teilhabe zu ermöglichen, Ausgrenzung zu vermeiden und ein solidarisches Miteinander aller in der Stadtgesellschaft lebenden Menschen zu gestalten.

Lebensbiographisch gedacht – und das illustriert die aktuelle Publikation mit vielen Daten und Fakten – geht es um die Begleitung und Förderung von der Geburt an: in der Familie, in den Kindertageseinrichtungen der frühkindlichen Bildung, der Alltagsbildung in und neben der Schule, in der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit bis zur Vermittlung und zum erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung und den Eintritt ins Berufsleben, Phasen der

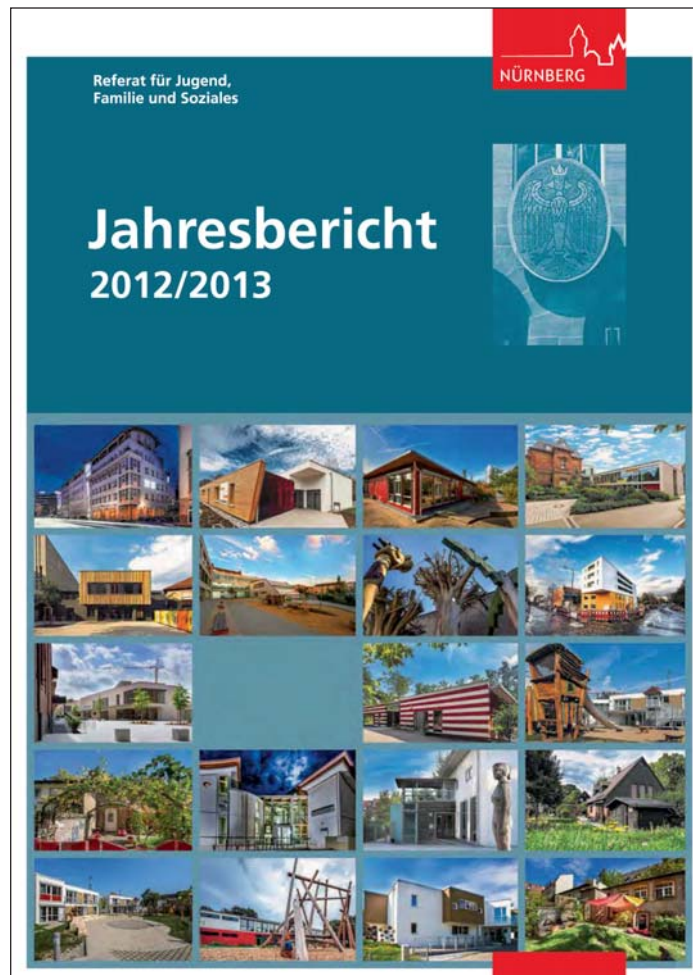
(Nicht)Erwerbstätigkeit, und natürlich auch um die späteren Lebensphasen des

munalen Handlungsfelder. Entlang der Leitlinien werden aktuelle Eckdaten zur Nürnberger Bevölkerung und zur sozialen Lage präsentiert und ausgewählte Arbeitsschwerpunkte und wichtige Ereignisse der letzten beiden Jahre, wie zum Beispiel der massive Ausbau im Bereich der Kindertagesstätten, beschrieben.

In seiner lesenswerten Einleitung zum Thema „Inklusive aller – die Gesellschaft, in der alle mitmachen können“ beschreibt Sozialreferent Reiner Pröbß warum das Thema „Inklusion“ aller Voraussicht nach das beherrschende Thema der sozialpolitischen Diskussion der kommenden Jahre sein wird.

„Klar ist: Inklusion ist mehr als Barrierefreiheit. Doch was bedeutet „soziale Inklusion“ genau?“ fragt der Nürnberger Sozialreferent. „Viel zu schnell läuft man Gefahr, den Begriff zu verwässern, wenn man „Inklusionspolitik“ als „Politik für

alle“ begreift und all jene Gruppen einbezieht, die in den vergangenen Jahrzehnten Prozesse der Emanzipation und des Empowerments durchlaufen haben. Doch gerade die Frage, wie das Lebensumfeld der Menschen so gestaltet werden kann, dass alle mitmachen können, berührt viele kommunale Handlungsfelder. Daher diskutieren wir die Frage, was Inklusion in der kommunalen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik bedeutet und wo Synergien und Abgrenzungen zu unserem „Leib- und Magenthema“ der „sozialen Teilhabe“ zu finden sind, ausführlich und leidenschaftlich,“ so Pröbß. ■



### Hinweis

Der Jahresbericht kann beim Referat für Jugend Familie und Soziales angefordert werden:  
T. 0911 / 231 - 2380,  
sozialreferat@stadt.nuernberg.de,  
im Internet ist er hier einsehbar:  
[www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/jahresbericht.html](http://www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/jahresbericht.html)

Alter(n)s. Der Bericht gibt einen exemplarischen Überblick über die Themen, Instrumente und Strukturen dieser kom-

## Bayern bis 2023 barrierefrei? Eine leere Worthülse der Staatsregierung...

VON STEFAN SCHUSTER

■ Die Regierungserklärung zur aktuellen Legislaturperiode war voll von Versprechungen. Unter anderem haben Ministerpräsident Horst Seehofer und Sozialministerin Emilia Müller versprochen, Bayern bis 2023 barrierefrei auszubauen. Dafür haben sie gleichzeitig ein großes Investitionsprogramm angekündigt. Darüber nachgedacht, ob sie das finanzieren können, haben sie aber

keine Unterstützung durch den Freistaat gegeben. Vor allem der Ausbau denkmalgeschützter Schulen und anderer Gebäude bereitet den Kommunalpolitikern große Sorge.

Auch bei der Bahn sieht es schlecht aus. Aktuell haben wir in Bayern 1015 Bahnhöfe, von denen mehr als 600 nicht barrierefrei ausgebaut sind. Die Bahn hat zwar bereits begonnen, die großen Bahnhöfe auszubauen, wartet

barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Pleinfeld. An diesem steigen nicht nur viele Menschen um, die Brombachseeregion ist auch ein attraktives Ausflugsziel in der Metropolregion. Besonders heikel wird es hier, wenn man bedenkt dass das Gebiet um den Brombachsee mit Geldern der Bayerischen Staatsregierung als barrierefreie Urlaubsregion ausgebaut wurde. Nun gibt es hier viele attraktive Angebote für Menschen mit Handicap. Eine Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist für sie im Augenblick aber vielfach nicht möglich.

Es bleibt also viel zu tun. Der Plan der Bayerischen Staatsregierung das Land bis 2023 barrierefrei zu machen ist schön, aber selbst wenn den Worten Taten folgen würden, wäre er kaum durchzuführen gewesen. Wenn man nun aber lediglich ein Investitionsprogramm ohne Geld auflegt, wirkt der Plan eher wie ein Schuldbürgerstreich. So wird aus diesem Vorhaben das, was in Bayern so oft geschieht. Ein Appell, der alle Verantwortung den Kommunen auferlegt, ohne dass die Staatsregierung ausreichende Unterstützung anbietet und gleichzeitig die Verantwortung für die Erfüllung ihrer Versprechen weit von sich weist. ■



nicht. Bereits zu Beginn dieses Jahres stellte Finanzminister Markus Söder fest, dass die Staatsregierung sich diesen Ausbau gar nicht leisten kann.

Ohne Geld zu investieren bleibt es aber bei einem bloßen Appell an die Kommunen und Bahnen. Der Staat kann die Städte nicht zu etwas verpflichten, was er nicht finanziert. Der Präsident des Bayerischen Städtetags und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Ulrich Maly, sagte dazu: „ Ohne finanzi-

allerdings noch auf weitere Förderzusagen durch den Freistaat. Ohne diese Sicherheit werden erst die Bahnhöfe in den ganz großen Städten ausgebaut. Für den ländlichen Raum, wo es oftmals sehr große Probleme durch zum Beispiel das Fehlen einer Bahnhofsmission gibt, bleibt kein Geld. Ein solcher Fall hat mich jüngst in meinem Betreuungsstimmkreis Weißenburg/Gunzenhausen beschäftigt. Hier sind Genossen und Genossinnen mit einer Petition auf mich zugekommen. Sie wollen den

### Reiner Prölß in Bundesjugendkuratorium berufen

Reiner Prölß, Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, wurde von der Bundesregierung für die laufende 18. Legislaturperiode in das Bundesjugendkuratorium (BJK) berufen. Das BJK ist ein gesetzlich vorgegebenes, unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Jugendpolitik und Jugendhilfe (§ 83 Aches Buch Sozialgesetzbuch). Ihm gehören 15 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Forschung und der Praxis an.



# Frauenrechte und selbstbestimmte Familienplanung

VON GABRIELA HEINRICH

■ Mindestlohn, Rentenpaket, Pflege-reform und Energiewende – manchmal gehen in der Arbeit der Großen Koalition die weniger öffentlichkeits-wirksamen Themen etwas unter. Daher will ich hier über unsere Tätigkeiten für die Frauenrechte in der Welt sowie die Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit berichten. Zu diesen Themen haben wir gerade einen gemeinsamen Antrag der Großen Ko-



alition durchbekommen. Dieser hat den zugegebenermaßen etwas sperrigen Titel „20 Jahre nach Kairo: Bevölkerungspolitik im Kontext internationaler Entwicklungszusammenarbeit und der Post-2015-Agenda“.

Im Kern geht es darum: Mit unserer Entwicklungspolitik müssen wir andere Staaten stärker dabei unterstützen, „sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ als Teil der Menschenrechte zu gewährleisten. Das klingt erstmal abstrakt, umfasst aber weite Bereiche: Zugang zu Aufklärung und Information zur Familienplanung, zu Verhütungsmitteln, gesundheitlicher Versorgung. Auf der anderen Seite: Der Staat darf Menschen zum Beispiel wegen ihrer sexuellen Orientierung nicht benachteiligen. Es geht zudem darum, die Rechte von Frauen weltweit zu stärken. Gleich-

berechtigung ist eine Voraussetzung für selbstbestimmte Familienplanung und hilft der Entwicklung: Länder, in denen Frauen weitgehend gleichberechtigt sind, entwickeln sich schneller und besser.

Mit dem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, ihr Programm zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit nach seinem Ende im Jahr 2015 neu aufzulegen. Die Bundesregierung soll sich zudem für ein Nachfolgeprogramm für die internationale „Muskoka-Initiative“ stark machen, die wir bisher mit 400 Millionen Euro unterstützen. Dabei geht es auch darum, internationale Verpflichtungen zu erfüllen. Deutschland hat sich zu den Millenniumszielen bekannt, die unter anderem die Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit vorsehen. Unsere Entwicklungspolitik soll Initiativen starten, um sich weltweit gegen

Genitalverstümmelung, „Kinderbräute“ und Zwangsheiraten zu engagieren und den diskriminierungsfreien Zugang zu Information, Aufklärung und Gesundheit zu verbessern.

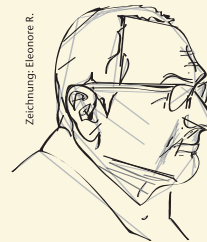
Warum ist das wichtig? Weltweit wollen 220 Millionen Frauen verhüten, haben aber keine Möglichkeit dazu. Jedes Jahr gibt es 80 Millionen ungewollte Schwangerschaften und 20 Millionen unsichere Abtreibungen. In Ländern wie Somalia ist fast die gesamte weibliche Bevölkerung an den Genitalien verstümmelt. Auch in Deutschland sind schätzungsweise 25.000 Frauen betroffen. In Ländern wie Uganda häufen sich die Berichte, dass Schwule von HIV-Aufklärung sowie -Behandlung ausgeschlossen werden und keinen Zugang mehr zu Gesundheitsdienstleistungen erhalten. ■

## Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

*Die Große Straße im ehemaligen Reichsparteitagsgelände ist schon von ihrer Bestimmung als Aufmarschpflaster für die vom NS-Regime mobilisierten Jubelmassen ein unglückseliger Ort. In unserer Jetztzeit verunglücken und sterben dort immer wieder junge Menschen, wie zuletzt eine 18-jährige Schülerin, die von einem notorischen Raser erfasst wurde.*

*Die Autonarren könnten leicht gestoppt werden. Man müsste nur die Fahrbahn mit ein paar Stolperschwellen garnieren. Wir kennen das vom Urlaub in Frank-*



*reich, wo die künstlichen Hindernisse Autofahrer vor Kindergärten, Schulen und anderen für Fußgänger unsicheren Stellen zum Schritttempo zwingen.*

*In Deutschland gibt es tausendundein Bedenken, wenn dem Fetisch Auto Grenzen gesetzt werden sollen, selbst wenn dieses zur mörderischen Waffe gerät. Lieber wird an gleicher Stelle alljährlich ein Automobilrennen veranstaltet, stupider PS-Blödsinn als Ansporn für Amateurraser.*

*Nun zur guten Nachricht: Unser Finanzminister hat herausgefunden, dass der Mittelpunkt dieser Stadt ziemlich genau dort zu finden ist, wo allmonatlich diese Kolumne erdacht und niedergeschrieben wird. Der Maffeiplatz als Ort der geistigen Mitte Nürnbergs.*

## Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg  
Verantwortlich: Rüdiger Löster  
Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian Präuß, dsp@spd-nuernberg.de  
Redaktionsanschrift:  
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,  
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



# Verwaltungsgericht weist Klage gegen den Ausbau vom Frankenschnellweg auf der ganzen Linie ab

Der Planfeststellungsbeschluss der Regierung von Mittelfranken hat Bestand

■ Der Frankenschnellweg darf wie geplant ausgebaut werden. Das Verwaltungsgericht in Ansbach wies die Klage

SÖR sehe ich unsere Arbeit auf der ganzen Linie bestätigt“, so Christian Vogel. „Unsere Planungsabteilung hat hervor-

des Verwaltungsgerichtes in Ansbach ein wichtiges und gutes Zeichen für die Stadt, aber auch für die Anlieger. Gleichwohl ist damit zu rechnen, dass der Bund Naturschutz und/oder die 4 Privatpersonen in die nächste Runde gehen. Die nächste Instanz wäre der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München. ■



Weniger Stau, weniger Umweltbelastung und ein grüner Tunneldeckel – mit dem kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs wird sich das Nürnberger Stadtbild zwischen Stadtgrenze und dem Dianaplatz im Laufe der nächsten Jahre gravierend verändern.

vom Bund Naturschutz (BN) und vier Privatleuten ab, die Häuser an der Ausbaustrecke besitzen.

Die Straße sei eine Kreisstraße und keine Autobahn, daher sei für den Ausbau auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig. Die geplanten Lärmschutzmaßnahmen steigerten den Wert der Grundstücke sogar, sagte der Vorsitzende Richter Günter Förster.

„Über den aktiven Schallschutz, der vorgesehen ist mit einer zusätzlichen Mauer, bekommen Sie sogar einen besseren Schutz“, sagte der Richter zu einem der Privatkläger: „Warum klagen Sie eigentlich dagegen? Denn das, was jetzt ist, ist in der Tat nicht besonders toll.“ Das Feinstaub-Problem könne der Freistaat auch nachträglich über die Luftreinhalteplanung regeln. „Als Werkleiter von

ragende Arbeit geleistet, so dass wir nun unsere Arbeit wie geplant fortsetzen können“.

Mit dem kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs kann endlich ein überfälliges Stück Stadtreparatur auf den Weg gebracht werden: 7500 Anwohner im direkten Umfeld des FSW's, werden weniger Lärm-, Feinstaub- und Abgasbelastung haben und der begrünte Tunneldeckel zwischen Gibitzenhof und Sandreuth bietet eine vollkommen neue Perspektive für die Bewohner dieser stark verdichteten Quartiere, die mit Grünflächen unterversorgt sind.

Der kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellwegs bedeutet mehr Lebensqualität für die Anwohner und für die privaten und beruflichen Nutzer. Genau deshalb ist der eindeutige Beschluss

## 6 Vorteile durch den kreuzungsfreien Ausbau

### 1 Staufrei in die Stadt

Oberhalb des Tunnels halbiert sich die Anzahl der Fahrzeuge und es kommt nicht mehr zu Staus.

### 2 Besser für Anwohner

Nicht nur der Tunnel schützt die Anwohner in Zukunft vor Lärm. Über 7.500 Anwohner profitieren vom geplanten Lärmschutz.

### 3 Mehr Grün

Im Bauabschnitt Mitte entsteht ein neuer Stadtteilpark. Bei der Gestaltung können die Bürger mitbestimmen.

### 4 Vorausschauend in die Zukunft

Der Ausbau des Frankenschnellwegs beendet die jahrzehntealte Notlösung, verbindet südliche Stadtviertel mit der Innenstadt.

### 5 Besser für die Umwelt

Der kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellwegs reduziert die Lärm-, Feinstaub- und Abgasbelastung

### 6 Mehr Rad- und Fußwege

Der Ausbau des Frankenschnellwegs schafft Platz für dringend notwendige Rad- und Gehwege. Fußgänger und Radfahrer können durch die neuen Wege (über fünf Kilometer) die große Verkehrsachse Frankenschnellweg einfacher, schneller und sicherer überqueren.

# Primark, KiK und Co – Menschenrechte in der globalen Wirtschaft sind Thema der Innenpolitik

## Bundesregierung sollte nationalen Aktionsplan auflegen

VON NASSER AHMED

■ Immer wieder stehen Textil-Discounter, wie Primark, Kik und Co, wegen schlechter Arbeitsbedingungen bei Zulieferern unter heftiger Kritik. In Berlin demonstrierten kürzlich Menschenrechtsaktivisten gegen die Eröffnung einer Primark-Filiale. Bislang wurde in der öffentlichen der Handlungsdruck bei

tionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ aufzulegen. Die vormals schwarz-gelbe Bundesregierung weigerte sich dies zu tun. Ein solcher nationaler Aktionsplan ist längst überfällig und sollte daher in einer Großen Koalition auf die Agenda.

Deutsche Unternehmen oder Unternehmen, die in Deutschland operieren, müssen sich bei ihrem Wirtschaften an international gültige Menschenrechts- und Arbeitsrechtsstandards halten. Das gilt nicht nur für ihr eigenes Handeln. Nein, sie haben dabei auch die Pflicht, ihre Zulieferer und Tochterunternehmen im Ausland zu kontrollieren.

Verletzen Unternehmen, die auch in Deutschland operieren, ihre Sorgfaltspflicht, so müssen sie dafür in Deutschland vor Gerichten verantwortlich gemacht werden können. Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen, die in Deutschland mit ihren Produkten Millionengewinne einfahren, sind kein außenpolitisches Thema! Immerhin nutzen diese Unternehmen ihre Einkaufsmacht aus und

fördern sklavenähnliche Arbeitsbedingungen. So hergestellte Waren verschaffen ihnen auf den Märkten hier in Deutschland Vorteile und Mehrgewinne in Millionenhöhe.

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte enthalten Maßnahmen, die jeder Staat zum Schutz von Menschenrechten im grenzüberschreitenden Wirtschaftshandeln umsetzen sollte. Dies beinhaltet beispielsweise die Möglichkeit für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen im Ausland – bspw. Textilarbeiterinnen – vor deutschen Gerichten gegen Tochterfirmen deutscher Konzerne vorzugehen. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte fordern beispielsweise auch, dass solche Unternehmen regelmäßig Bericht über die Arbeits- und Menschenrechtsstandards in ihren Produktionsketten ablegen müssen und staatlich kontrolliert werden. ■

Regierungen in Ländern des globalen Südens gesehen. Ein Fehler, wie wir Jusos denken.

Um die Situation von Millionen von Arbeiterinnen und Arbeiter weltweit zu verbessern, können Staaten wie die Bundesrepublik nicht einfach nur die Verantwortung auf Staaten des globalen Südens schieben. Die Bundesregierung sollte noch diese Legislaturperiode die rechtliche Lage dahingehend ändern, dass deutsche Unternehmen und solche die hier operieren für fahrlässiges Handeln in ihrer Produktionskette in Deutschland in Regress genommen werden. Wir Jusos fordern daher, dass die Bundesregierung endlich die „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ umsetzt.

Die EU-Kommission hat schon 2011 darauf reagiert und fordert alle Mitgliedsstaaten in einer Richtlinie auf, einen nationalen Ak-



## Human Rights

### Termine

**11.08.2014 - 19:00Uhr**  
SPD Gebersdorf/Großreuth:  
Aktiventreff  
im Gasthof Mouzaki, Alte  
Wallensteinstraße 158

**12.08.2014 - 16:30 Uhr**  
SPD- Fischbach:  
Mitgliedertreff  
Gaststätte TSV Altenfurt,  
Wohlauer Str. 16

**12.08.2014 - 17:00 Uhr**  
Mieterbüro der  
SPD Nürnberg: Sprechtag  
Kompetente Erstberatung -  
ohne Kosten: Brigitte Reuter  
und Rechtsanwalt Winfried  
Berg stehen als Team den  
Ratsuchenden zur Seite. Die  
Anlaufstelle für Bürger bil-  
det dabei keine Konkurrenz  
zu hiesigen Mieterschutzver-  
einen. Denn das Mieterbüro  
bietet lediglich eine Erstbera-  
tung, die keine juristische  
Folgeschritte einleitet.  
Wenn auch Sie Probleme  
als Mieter haben, wenden  
Sie sich an uns: Vorherige  
Terminvereinbarung not-  
wendig, Tel: 438960. (Eine  
Telefonberatung kann nicht  
stattfinden.)

**12.08.2014 - 19:30 Uhr**  
SPD Nordostbahnhof:  
Sommerstammtisch  
Gaststätte am Marienberg,  
Braillesstr. 35

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg



INFOPOST  
Ein Service der Deutschen Post

ALLEMAGNE Port payé

## Termine

**26.08.2014 - 17:00 Uhr**  
Mieterbüro der  
SPD Nürnberg: Sprechtag

**30.08.14 - 15:00 Uhr**  
SPD Neunhof  
Grillfest  
Schützenverein Edelweiß  
Kreuzackerstraße 100

**01.09.2014 - 19:30 Uhr**  
SPD Hasenbuck:  
Rote Runde

**02.09.2014 - 19:30 Uhr**  
SPD-Laufamholz:  
Mitgliedertreffen  
SVL-Sportheim,  
Schupger Str. 81

**02.09.2014 - 20:00 Uhr**  
SPD-Großgründlach:  
Mitgliederversammlung  
SFG-Sportheim,  
Würzburger Straße 61

**08.09.2014 - 18:30 Uhr**  
SPD Südwest:  
Politischer Stammtisch  
Sportgasstätte SG Nürnberg  
Fürth, Regelsbacher Str. 56

## Einkaufszentrum Internet

### Risiken und Chancen für den Einzelhandel durch e-commerce

Zur öffentlichen Diskussion eines immer brennender werdenden Problems lädt die Kommission Digitale Gesellschaft der SPD Nürnberg ein. Dort stellt Dr. Georg Wittmann von ibi research in Regensburg die Ergebnisse einer entsprechenden Studie vor. Die Gäste werden danach mit Fachleuten aus dem Ein-

zelhandel und der IHK Nürnberg diese Ergebnisse diskutieren. Die SPD erwartet sich aus dem Gespräch Anregungen zum politischen Handeln in der Stadt, um unerwünschten Entwicklungen, etwa Ladensterben oder schlechtere Nahversorgung, eindämmen zu können.

**Ort: Karl Bröger Zentrum, Saal**

**Montag, 3. November 2014 um 19.30 Uhr**

**Eintritt frei**

Auskunft bei: Kommission Digitale Gesellschaft,  
Norbert Schneider, Mobil: 0171-6808988, E-Mail: nhs@me.com



... die SPD Nürnberg  
wünscht  
schöne Ferien!

## der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg.  
Nächstes Erscheinen: Anfang September 2014!